A3

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 04.03.2025)

Titel: **Einrichtung eines Bürger*innenrates "Wohnen in Schleswig-Holstein"**

Antragstext

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein setzt sich für die Einrichtung eines Bürger*innenrates „Wohnen in Schleswig-Holstein“ ein. Ziel dieses Gremiums ist es, eine repräsentative Gruppe von Bürger*innen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen zusammenzubringen, um gemeinsam Empfehlungen für eine inklusive, sozial- und klimagerechte Wohnpolitik in Schleswig-Holstein zu erarbeiten.

Der Bürger*innenrat soll:

- durch ein unabhängiges Losverfahren aus verschiedensten Teilen (Gruppen) der Bevölkerung Schleswig-Holsteins zusammengesetzt werden,
- eine breite gesellschaftliche Perspektive abbilden, insbesondere unter Berücksichtigung von Mieter*innen, Eigentümer*innen, marginalisierten Gruppen, wohnungslosen Menschen sowie Vertreter*innen von Genossenschaften und Bauinitiativen,
- durch eine fachliche Begleitung (Expert*innen aus Wissenschaft, Stadtplanung, Sozialverbänden) unterstützt werden,
- konkrete Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erarbeiten, die in die politische Entscheidungsfindung einfließen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Einrichtung eines solchen Bürger*innenrates aktiv zu unterstützen, die Ergebnisse ernsthaft in die Gesetzgebung einzubeziehen und Transparenz über die Umsetzung der Empfehlungen herzustellen.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein will einen Rat von Bürgerinnen und Bürgern gründen.
Das Thema ist **Wohnen in Schleswig-Holstein**.

Was ist das Ziel?

Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen sollen zusammenkommen.
Sie sollen gemeinsam überlegen:
? Wie kann gutes und gerechtes Wohnen für alle möglich sein?
? Wie kann Wohnen gut für Menschen und die Umwelt sein?

Wie wird der Rat zusammengestellt?

? Die Mitglieder werden zufällig ausgelost. So sind verschiedene Menschen dabei.
? Menschen, die zur Miete wohnen, die eine Wohnung oder ein Haus besitzen, die kein Zuhause haben oder in einer Baugruppe mitmachen, sollen mitreden können.
? Fachleute helfen mit ihrem Wissen. Zum Beispiel aus den Bereichen Stadtplanung, Wissenschaft oder sozialen Einrichtungen.

Was macht der Rat?

? Er gibt Vorschläge für die Politik in Schleswig-Holstein.
? Die Landesregierung soll diese Vorschläge ernst nehmen und in ihre Entscheidungen einfließen lassen.
? Die Politik soll offen zeigen, wie sie die Vorschläge umsetzt.

Begründung

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, Wohnraum ökologisch nachhaltig zu gestalten. Ein Bürger*innenrat bietet die Möglichkeit, gesellschaftliche Perspektiven direkt in politische Entscheidungsprozesse zu integrieren, Akzeptanz für Maßnahmen zu erhöhen und innovative Lösungen zu entwickeln. In anderen Ländern und Kommunen hat sich das Instrument des Bürger*innenrats bereits bewährt. Schleswig-Holstein kann mit der Einrichtung eines solchen Rates eine Vorreiterrolle übernehmen und die Demokratie partizipativer gestalten.

Zudem ist es essenziell, dass Wohnraum für alle Menschen zugänglich ist, unabhängig von Einkommen, Alter oder körperlichen Einschränkungen. Inklusives Wohnen bedeutet, barrierefreie, generationengerechte und sozial durchmischte Quartiere zu schaffen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Der Bürger*innenrat kann hier gezielt Empfehlungen erarbeiten, um inklusive Wohnkonzepte zu fördern und die Wohnraumversorgung für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und sozial Benachteiligte zu verbessern. Dies trägt dazu bei, Segregation zu vermeiden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Unterstützer*innen

Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Christian Judith (KV Schleswig-Flensburg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Sarah Mück (KV Lübeck), Annette Granzin (KV Ostholstein), Zoé Engel (KV Kiel), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Reimo Schaaf (KV Ostholstein)